Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung“ gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4600.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 38 mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erschein. tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52

Nr. 577. Halle, Dienstag, den 10. Dezember. 1918.

Neue deutsche Note an die Entente.

Scheidemann über die zukünftige Politik Deutschlands und die Schuld des Kaisers.

Neue deutsche Protestnote.

WTB. Berlin, 9. Dezember. Amtlich. Die deutsche Regierung hat den gegnerischen Regierungen auf diplomatischem Wege folgende Note übermittelt: Marschall Foch hat am 6. 12. der Waffenstillstandskommission eine Entscheidung zugehen lassen, wonach der Lebensmittelverkehr und der gesamte Verkehr der geräumten linksrheinischen Gebiete mit der neutralen Zone und dadurch mit den übrigen Teilen Deutschlands unterbunden wird, da die Aufrechterhaltung der Blockade im Waffenstillstandsabkommen vorgesehen sei.

Die deutsche Regierung ist verpflichtet, gegen diese Anordnung den schärfsten Protest zu erheben, weil diese einseitige Entscheidung mit dem klaren Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens in unlösbarem Widerspruch steht.

Die angekündigte und die teilweise schon durchgeführte Maßnahme gibt der bisherigen Blockade eine Ausdehnung auf Sperrmaßnahmen zu Lande, die mit dem Wesen der Blockade in Widerspruch steht und allen Völkern seit den Zeiten der Kontinentalsperre gegen Frankreich fremd ist. Die angeführten Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens über die Blockade finden sich daher auch sinngemäß im Abschnitte clauses navales und fordern nur die Aufrechterhaltung der Blockade im gegenwärtigen Umfange. In der getroffenen Entscheidung liegt jedoch eine ganz erhebliche Verschärfung und Ausdehnung der Blockade, unter welcher die deutsche Kinder- und Frauenwelt der rechtsrheinischen Gebiete besonders hart leidet. Diese ist auf die Zufuhr von Milch und anderen unentbehrlichen, rasch verderblichen Lebensmitteln aus den geräumten Gebieten um so mehr angewiesen, als das deutsche Volk eine Versorgung von Lebensmitteln durch die Alliierten, wie sie in den erwähnten Blockadebestimmungen des Waffenstillstands in Aussicht gestellt worden ist, überhaupt noch nicht erhalten hat. Diese Entscheidung verletzt weiter die Vor[illegible] des Waffenstillstandsabkommens, wonach keine allgemeinen oder staatlichen Maßnahmen ergriffen werden dürfen, die eine Entwertung der industriellen Anlagen oder eine Verringerung ihres Personals zur Folge hätte. Durch die verfügte Unterbindung des Verkehrs wird die absolut notwendige gegenseitige Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zur Aufrechterhaltung der industriellen Anlagen unmöglich gemacht, wodurch deren Entwertung eintreten muß. Produktionsunmöglichkeit zwingt wiederum zur Verringerung des Personals, Arbeitslosigkeit und neuem Elend. In dem willkürlich getrennten urdeutschen Gebiete sind die Folgen unübersehbar. Die deutsche Regierung schlägt daher vor, diese Fragen bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes dahin zu regeln, daß unbeschadet des Aufsichtsrechtes der Alliierten vollkommene Verkehrsfreiheit zwischen den geräumten Gebieten und den übrigen Teilen Deutschlands gewährleistet ist.

gez. Solf, Staatssekretär des Aeußeren.

Thyssen und Stinnes nach Berlin gebracht.

WTB. Berlin, 9. Dez. (Drahtnachricht.) Die gestern in Mülheim verhafteten Großindustriellen August Thyssen und Stinnes sind nach Berlin gebracht worden und werden vorerst hier in Sicherheitshaft genommen, bis die Voruntersuchung soweit gefördert ist, daß die ihnen vorgeworfenen landesverräterische Tätigkeit überblickt werden kann. Das preußische Staatsministerium hat größte Beschleunigung angeordnet.

Rücksendung von Kunstschätzen an Belgien und Frankreich.

WTB. Berlin, 9. Dezember. (Drahtnachricht.) Wie das W.T.B. von zuständiger Seite erfährt, erhalten die Regierungen Frankreichs und Belgiens die einen Milliardenwert darstellenden Kunstschätze zurück, die die deutschen Truppen in den von ihnen besetzt gehaltenen Gebieten vorfanden. Daß dies möglich war, ist nur den weit vorausschauenden Maßnahmen zu danken, die die deutsche Heeresleitung unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Armeen in die Wege geleitet hat. Diese Maßnahmen wurden bereits im Herbst 1914 begonnen und sind von hervorragenden deutschen Fachleuten während der ganzen Zeit der Besetzung durchgeführt worden. Die deutsche Heeresleitung schuf eine Zentrale für diesen Schutz der Kunstwerke und zog die vorhandenen Landesbehörden zur Mitarbeit heran.

Scheidemann über die Schuld des Kaisers.

Köln, 9. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Amsterdam: Scheidemann erklärte einem Vertreter des „Daily Expreß“: Der Rat der Sechs sei nur eine vorläufige Einrichtung zur Führung der Geschäfte bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung. Die Vertreter auf der Friedenskonferenz würden durch die gegenwärtige Regierung ernannt werden, doch habe man darüber noch nicht Beschluß gefaßt.

Die Antwort auf die Frage, in welcher Weise Deutschland den Verbündeten für die Stetigkeit der jetzigen Regierung einstehe, lautete: Eine Gewähr liegt in der möglichst schleunigen Berufung der Nationalversammlung. Zu der Frage, wie sich die Regierung zu der Angelegenheit des deutschen Kaisers stelle, äußerte Scheidemann: Ob ein Staatsgerichtshof eingesetzt werde, der alle an dem Ausbruch des Krieges Schuldigen aburteilen solle, werde gegenwärtig erwogen und solle durch die Nationalversammlung entschieden werden. Persönlich meinte Scheidemann: Der Kaiser sei schon genug bestraft, allein der Kern der Frage, namentlich der Anteil des Kaisers an der Anstiftung des Krieges müsse genau festgestellt werden.

Die Entente gegen die Sozialisierung?

Basel, 9. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die Schweizer Depeschen-Information berichtet: Die Alliierten haben beschlossen, eine Beschlagnahme oder die Einziehung der privaten Vermögen und Kapitalien in Deutschland durch die sozialistische Regierung nicht zuzulassen, da diese Kapitalien zu dem finanziellen Unterpfand für die Alliierten für die Schadenersatzansprüche an Deutschland gehöre.

Auch Ludendorff und Falkenhayn sollen ausgeliefert werden.

Basel, 9. Dez. Die „Morning Post“ meldet: Das englische Kabinett hat in seiner letzten Sitzung erneut beschlossen, sich für eine Auslieferung des deutschen Kaisers, des Kronprinzen sowie des Generals Ludendorff zu erklären. „Daily Mail“ meldet: Die Alliierten haben das Auslieferungsverfahren gegen die Generale Ludendorff und Falkenhayn beschlossen. Sowohl die holländische wie auch die schwedische Regierung haben einen dahingehenden Schritt der verbündeten Mächte zu erwarten. Das angebliche Material ist von Belgien den alliierten Kabinetten zugestellt worden.

Freie Aussprache auf der Friedenskonferenz?

Die Voraussetzung für eine Aussprache.

Basel, 9. Dez. Die Pariser Ausgabe des „New Yorker Herald“ schreibt: Es findet keine diktatorische Feststellung der Friedensbedingungen gegenüber den Mittelmächten statt, sondern eine freie Aussprache. Die Voraussetzung hierfür aber ist, daß eine vom deutschen Volke beglaubigte Regierung vorhanden ist. Diese Erklärung Lansings beweist aufs neue, daß die Vereinigten Staaten durchaus nicht gewillt sind, ihre Politik bei den Friedensbedingungen restlos in Dienst des Jingoismus und der französischen Rachepolitik zu stellen. Wilson halte vielmehr an den idealen Tatsachen seines Programms, einen Frieden des Rechtes schaffen zu wollen, energisch fest.

Wilson künftiger Vorsitzender des Völkerbundes.

Basel, 9. Dezbr. (Priv.-Tel.) Einem Berichte der „Daily News“ zufolge ist man in Amerika der Ansicht, daß Wilson nach Beendigung seiner zweiten Wahlzeit als Präsident der Vereinigten Staaten (also nach 1921) den Vorsitz über den Völkerbund führen wird.

Pichon gegen einen deutschen Bolschewismus.

Genf, 9. Dez. (Priv.-Tel.) „Echo de Paris“ schreibt: Nach Versicherungen Pichons im Kammerausschusse sei Frankreich zum Einmarsche in Deutschland bereit. Der Bolschewismus in Deutschland dauere nur noch einige Wochen.

Ernstere Unruhen in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 9. Dez. (Priv.-Tel.) Nachdem schon gestern in mehreren Magazinen an der Mainzer Landstraße geplündert worden war, ohne daß es dabei zu einem Blutvergießen kam, ereigneten sich heute vormittag ernstere Unruhen, und zwar vor dem Bekleidungsamt, wobei auch Kämpfe stattfanden. Soweit festgestellt, wurde ein Mann getötet und mehrere Personen verwundet. Auch im Westhafen ist es zu größeren Ausschreitungen gekommen.

Die Kohlennot der Schweiz.

Bern, 9. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Am gestrigen Sonntag stand zum ersten Male der gesamte Eisenbahnverkehr still. Dem Berner „Tageblatte“ zufolge beschäftigte sich die Generaldirektion der Schweizer Bundesbahnen ernstlich mit der Einstellung des Zugverkehrs, da noch keine Aussicht auf eine vermehrte Kohlenversorgung besteht.

Ein Hamburger Rädelsführer entkommen.

Hamburg, 9. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Einer der Haupträdelsführer der Hamburger Gegenrevolution, der Matrose Zeller, der in Hamburg die Revolution in Gang gebracht hat, ist heute nacht aus dem Raume im ersten Stockwerke des Rathauses durchs Fenster entkommen und vorläufig noch nicht wieder festgenommen.

Die gemeinsame Arbeit.

Es ist mit Freude begrüßt worden, daß es in Berlin schließlich doch zu einer Einigung zwischen der Deutschen demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei gekommen ist. Einzelne Provinzorganisationen der früheren nationalliberalen Partei hatten schon vorher in richtiger Erkenntnis der Lage sich an die Deutsche demokratische Partei angeschlossen. Letzten Endes haben jedoch andere Organisationen der Nationalliberalen erklärt, daß sie die Verschmelzung nicht mitmachen und daß sie vielmehr in einer eigenen Organisation ihren politischen Kampf selbständig weiterführen wollen. Wir wollen hoffen, daß sich noch einzelne Ortsgruppen dieser provinziellen Verbände der Deutschen demokratischen Partei anschließen und so zu erkennen geben, daß sie heute unter so schwierigen politischen Verhältnissen eine jede nationalliberale Sonderbündelei verurteilen.

Eine jede liberal-demokratische Sonderbündelei hat den politischen Gegnern seit Bestehen des Reiches so große Vorteile gebracht, daß mit einer derartigen Politik ein für allemal Schluß gemacht werden sollte. Schon bis zum Jahre 1910 war der Liberalismus in nicht weniger als 332 von 397 Wahlkreisen wenigstens einmal uneinig, und zwar bei nicht weniger als 1312 Wahlen, durchschnittlich also vier- bis fünfmal pro Wahlkreis. Der Höhepunkt liberaler Uneinigkeit liegt in der Zeit von 1879—1903, von der wirtschaftlichen Spaltung bis zum tiefsten Niedergang (und — bis 1910 — gleichzeitig größtem Erfolg der Sozialdemokratie). Das Jahr 1890 sieht den Liberalismus in der Mehrzahl der Wahlkreise zum Gaudium der Gegner sich zerfleischen. Seitdem wurde es von Wahl zu Wahl besser. Und wir hoffen, daß es bei den kommenden Wahlen wenigstens in der Provinz Sachsen zu keinerlei Zusammenstößen zwischen den Liberalen und Demokraten kommen wird, nachdem sich der nationalliberale Provinzialvorstand für eine Verschmelzung auf dem Boden der Deutschen demokratischen Partei ausgesprochen hat.

Wie liegen nun die Aussichten für die geeinigte Demokratie in unserer Heimatsprovinz? Bei der Wahl im Jahre 1912 erhielten von insgesamt 622 700 abgegebenen Stimmen:

Nationalliberale und Fortschrittler	181 400
Konservative und Reichspartei	138 500
Sozialdemokratie	266 000.

Diese drei Gruppen werden auch bei den künftigen Wahlkämpfen vertreten sein: die erste unter dem Namen der Deutschen demokratischen Partei, die zweite als neugeborene Deutsch-nationale Volkspartei und die dritte gespalten als Mehrheits- und unabhängige Sozialdemokraten. Die parteipolitische Lage aber hat sich grundlegend geändert. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Reaktion nur einen Teil der früheren erhaltenen Stimmen bekommen wird — trotz des Umstandes, daß die Wählerzahl eine größere durch Herabsetzung des Alters sowie durch das Wahlrecht der Frau geworden ist. Und andererseits wird man sich von vornherein klar sein darüber, daß die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit zum mindesten noch einmal so viel Stimmen erhalten wird. Schon das Wahlrecht der Frau bürgt dafür. Zwischen der Reaktion und der Sozialdemokratie steht die Deutsche demokratische Partei, die die Schar der Mitläufer von rechts nach links zu sich herüberziehen muß, wenn sie zu einem ausschlaggebenden Faktor in der Provinz Sachsen werden will. Die Demokratie wird einen gewaltigen Zuwachs an Wählern erhalten, wenn sie die Stimmung auszunutzen weiß. Aber sie muß sich von verhängnisvollen Fehlern frei halten. Erstes Erfordernis ist immer und wird immer bleiben: Eine gerade demokratische Politik, die nichts von Konzessionen nach rechts oder links weiß. Die Demokratie, die zu einem Machtfaktor in dem politischen Leben der deutschen Zukunft werden will, darf nie die Linien verwischen lassen, die zwischen ihr und der Sozialdemokratie als einer Klassenpartei bestehen. Die Demokratie darf noch weniger in den Verdacht kommen, daß sie durch den Hinzutritt der Nationalliberalen abfärben könnte. Hier ist es erfreulich, daß sich der rechte Flügel der Nationalliberalen ferngehalten hat und sich hoffentlich dort anschließt, wo er hin gehört: Bei den Konservativen! Niemals darf die Tatsache aus den Augen verloren werden, daß sich die Nationalliberalen bei den Berliner Verhandlungen in richtiger Erkenntnis der politischen Situation auf den Boden des demokratischen Programms gestellt haben — nicht umgekehrt. Vor allen Dingen sind hier die Fragen persönlicher Art von großer Bedeutung. Falsch verstandene Rücksicht darf nicht dazu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181210012/fragment/page=0001

führen, daß Persönlichkeiten, die bisher bei den Nationalliberalen eine führende Stellung inne hatten oder die dieser Partei nahe standen und dabei eine Rolle spielten, die dem Gange der Entwicklung widerspricht, auch in der neuen Partei im Vordergrunde stehen. Derartige Persönlichkeiten werden der neuen Partei willkommen sein — als Soldaten, als Führer nicht! Darüber sollte in allen Orten Klarheit bestehen, wo in den nächsten Tagen oder Wochen eine Verschmelzung der Parteien vorgenommen wird. Die alte nationalliberale Politik ist überlebt und belastet. Von vielen Zeugnissen wollen wir hier eines anführen aus der früher nationalliberalen Berliner „Börsen-Zeitung", die kürzlich u. a. schrieb:

Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir in den Spalten dieses Blattes schon seit dem Herbst 1915 aus internationalen, wie nationalen Gründen für die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland eingetreten sind. Wir mußten uns deswegen der Verleugnung nationalliberaler Grundsätze öffentlich bezichtigen lassen. Erst der Zwang der Verhältnisse brachte eine Wandlung. Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist an den Nationalliberalen des Abgeordnetenhauses gescheitert. Und so sehr das Verdienst führender Persönlichkeiten anerkannt werden muß, die sich nach den königlichen Zusagen zum Eintreten für das gleiche Wahlrecht entschlossen, die Gruppe der Wahlrechtsgegner erstreckt sich doch so weit in die Partei hinein, daß ihre restlose Ausmerzung mit einem Fortbestand der Partei unvereinbar ist. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ist die Mehrheit der nationalliberalen Partei durch den Krieg gegangen, als ob eine Binde vor ihren Augen gelegen hätte. Jede Einsicht in die tatsächliche Weltlage und jede richtige Einschätzung der wirklichen weit überlegenen Kräfte unserer Feinde ist ihr versagt geblieben. Wer mit uns einen anderen Standpunkt einnahm, wer die wahnsinnigen annexionistischen Kriegsziele nicht billigte und den U-Boot-Krieg von vornherein für das fürchterlichste Unglück des deutschen Volkes erachtete, der wurde von der Leitung der Partei bis in die letzten Tage vor dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches auf das Heftigste bekämpft. So ist dieser Mangel an Objektivität und unbedingt gebotener politischer Zurückhaltung die Veranlassung dafür geworden, daß mit dem Namen der nationalliberalen Partei der Begriff der Kriegsverlängerung und der Gegnerschaft gegen einen die Völker versöhnenden Frieden untrennbar verknüpft worden ist. Das aber allein schon bedeutet das Ende der Partei. Sie hatte im Kriege auf eigenes politisches Wollen in den entscheidenden Fragen verzichtet und sich einer angeblichen Weisheit der militärischen Führer untergeordnet. Hätten diese Generale recht behalten, so würde aus den Nationalliberalen eine rein militaristisch-imperialistische Partei geworden sein, von der wir uns gleichfalls hätten trennen müssen. Da sie sich auf falsche Propheten verlassen hat, muß sie deren Schicksal teilen und verschwinden.

In diesen Ausführungen liegt, was auch wir zum Ausdruck bringen wollen: Nationalliberale, die die Sache über Fragen persönlicher Natur stellen, müssen erkennen, daß sie jetzt als Soldaten in den Hintergrund treten müssen. Ein jedes Hervortreten derartiger Persönlichkeiten, auch wenn sie die fähigsten Köpfe sind, muß unterbleiben, weil das eine wirksame Waffe für die Gegner wäre, mit der sie die Sache der Demokratie diskreditieren können. In der Meldung über die vollzogene Einigung vom 4. d. M. war denn auch richtig zum Ausdruck gebracht: „Die Deutsche demokratische Partei hat den Standpunkt vertreten, daß eine Vereinigung nur auf der Grundlage ihres Aufrufes vom 16. November möglich sei, und daß diejenigen Persönlichkeiten, die bei der Agitation für annexionistische Kriegsziele und bei der Amerika gegenüber befolgten Politik eine führende Rolle gespielt, sowie diejenigen, die gegen das gleiche Wahlrecht stimmten, innerhalb der Partei nicht hervortreten werden." Diese Berliner Richtschnur muß Geltung haben für das ganze Land. Wer in seiner Stellung zur Wahlrechtsfrage nicht von vornherein unbedingt klar war oder wer in dieser Frage schwankte, muß jetzt ebenso zurücktreten wie derjenige, der in der — Vaterlandspartei das Allheilmittel zur Gesundung Deutschlands sah und für sie von Mund zu Mund Propaganda machte.

Diese Fragen mit aller Schärfe und Klarheit zu betonen, ist Pflicht eines jeden Politikers, dem die Sache der Demokratie am Herzen liegt. Von dem Idealismus der zur Demokratie gekommenen Nationalliberalen muß erwartet werden, daß sie sich eifrig auch dann betätigen, wenn sie nicht selbst im Vordergrunde stehen. Siegt der Idealismus, siegt der unbedingte Wille, die Demokratie stark und mächtig zu machen, ordnet sich alles diesem großen Ziele unter, dann wird die gemeinsame Arbeit zum Segen der Partei und damit auch zum Nutzen des Vaterlandes ausschlagen. Dann, aber auch nur dann können wir dem Ausgange der kommenden schweren Wahlkämpfe mit Vertrauen entgegensehen.

Carl Helms.

Oberbürgermeister Dominicus geißelt die Regierungs-Mißwirtschaft.

Die Beamtenversammlung in der Berliner Philharmonie.

Die Staats- und Gemeindebeamten Groß-Berlins hielten gestern in der Philharmonie eine Versammlung ab. Oberbürgermeister Dr. Dominicus-Berlin-Schöneberg geißelte den

Geist des Mißtrauens und des Hasses,

von dem die pflichttreu auf dem Posten gebliebene deutsche Beamtenschaft in Stadt und Staat von den ihr beigeordneten oder vorgesetzten Machthabern der sozialistischen Klassenregierung verfolgt und beargwöhnt werde. Sie, die neue sozialistische Volksregierung, die doch einen Fortschritt gegen das alte System bedeuten sollte,

„kontrolliere" alles in Grund und Boden

und habe schon durch ihre Wirtschaft Millionenwerte vernichtet. Die Stellenbesetzung, die ohne jede Rücksicht auf Eignung nur darauf bedacht sei, sozialistische Vorgesetzte zu schaffen, grenze wie die Besetzung mehrerer hoher Aemter (Rufe: Adolf Hoffmann!) mitunter ans Burleske. Die Gefahr, daß diese neuen Herren mit sich und nach sich

ihre Günstlinge in die Aemter ziehen,

muß die schlimmste und einseitigste Klassenwirtschaft herbeiführen. Noch heute sei die Nachricht von den 800 Millionen Mark Mehraufwendungen innerhalb einer Frist von 14 Tagen von der neuen Regierung unwidersprochen geblieben. Das sei ein Drauflos-wirtschaften, wie es unverantwortlicher früher niemals möglich gewesen wäre. Es werde aber auch von der neuen Regierung in ganz unerhörter Weise die

Herabdrückung der Beamtenschaft zum Proletariat angestrebt.

Mit Teuerungszulagen und Gehaltsvorschüssen werde Stimmenfang getrieben in der skrupellosen Absicht der Verführung zu unvorsichtigen Ausgaben. Anderseits behandele man die Offiziere zugunsten der Mannschaften in der rücksichtslosesten Weise. Auch für die Beamtenschaft werde die

Stunde der brutalen Entlassung aus dem Dienst

eines Tages schlagen. Der Redner fragte: Ist das Beamtentum, für welches die Stunde der „Ablösung" bald kommen dürfte, denn ganz wehrlos gegen alle diese Verunglimpfungen und Bedrohungen? Nein! (Großer Beifall!) Deshalb heiße es: Hinein mit der Beamtenschaft in die politische Organisation, hinein in die demokratische Partei!

Zu den Berliner Verhaftungen.

WTB. **Berlin**, 9. Dez. Zu den Verhaftungen im Hotel Bristol erfährt eine Berliner Korrespondenz, es sei ruchbar geworden, daß einige Studenten, die auf eigene Faust eine Wehr gebildet hatten, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen, monarchistische Gesinnung hegten und sich Sonnabend nacht im Hotel Bristol versammelt hatten. Bei der Haussuchung fand man im Hotel außer den Studenten auch andere Männer, Offiziere, Philosophen und Aerzte. Von den Verhafteten, neun Personen, wurden sieben gleich nach der Aufklärung wieder entlassen. Die Studenten hatten sich im Kleiderschrank versteckt, da sie einen Ueberfall der Roten Garde fürchteten.

— Zu den gemeldeten Verhaftungen im Hotel Bristol erfährt noch die „B. Z. am M.", daß die vom Präsidenten Eichhorn eingesetzte Wache im Hotel bald den Befehl zum Abzug erhielt, da es sich um einen Mißgriff gehandelt habe. Auch wurden die meisten Verhafteten vom Polizeipräsidium, wo sie die Nacht über waren, wieder in Freiheit gesetzt. Die Nachricht, daß in einem Zimmer des Hotels 300 Gewehre gefunden und beschlagnahmt worden seien, ist falsch.

Ein Protest der Firma Thyssen.

Die Firma Thyssen & Co., A.-G., hat an den Rat der Volksbeauftragten zu Händen des Reichskanzlers Ebert folgendes Telegramm gerichtet:

Gestern abend sind die Herren August Thyssen und Fritz Thyssen sowie die Direktoren unserer Firma verhaftet und nach Berlin transportiert worden, angeblich unter der Beschuldigung, einer am Donnerstag, den 5. Dezember, in Dortmund stattgehabten Versammlung beigewohnt zu haben, worin darüber beraten worden sein soll, die Entente zur Besetzung des Industriegebiets herbeizurufen. Demgegenüber stellen wir fest, daß keiner der Genannten der angeblichen Dortmunder Sitzung beigewohnt hat. Sie haben sich vielmehr, wie jederzeit nachzuweisen ist, am Donnerstag an verschiedenen anderen Orten aufgehalten. Wir müssen deshalb gegen die widerrechtliche Freiheitsberaubung der Herren entschieden Einspruch erheben und bitten dringend, deren unverzügliche Freilassung zu veranlassen, da durch ihre Abwesenheit zumal in den heutigen schwierigen Zeiten eine schwere Schädigung unserer Werke und ihrer Arbeiterschaft unausbleiblich ist.

Thyssen & Co., A.-G.

Wie die Firma hierzu weiter erklärt, waren am vergangenen Donnerstag, an welchem Tage die Versammlung in Dortmund stattgefunden haben soll, August Thyssen in Osnabrück in der Georg-Marien-Hütte-Generalversammlung, Fritz Thyssen den ganzen Tag in Hamborn-Bruckhausen bei der Gewerkschaft Deutscher Kaiser, Direktor Dr. Roser und Dr. Herle bei ihrer gewohnten Tätigkeit auf den Werken in Mülheim (Ruhr), Direktor Becker zu einer Beerdigung in Duisburg und im übrigen in Mülheim (Ruhr). Das kann zu jeder Stunde durch einwandfreie Zeugen bewiesen werden.

Neuer Arbeiterrat in Hohensalza.

Hohensalza, 9. Dez. Der hiesige Soldatenrat beschloß in seiner letzten Sitzung einstimmig die Absetzung seiner beiden Vorsitzenden Burchard und Dr. Schroeder, die durch ihre wenig vaterländische, polnisch orientierte Politik lebhaften Anstoß beim Deutschtum erregt und bis zuletzt die Aufhebung des so notwendigen Heimatschutzes Ost mit allem Nachdruck betrieben hatten. Gestern wurde hier ein Arbeiterrat gegründet, der aus acht deutschen und 12 polnischen Mitgliedern besteht und durch Zuwahl erweitert werden soll.

Der Kongreß der A.- und S.-Räte.

Berlin, 9. Dez. (Bekanntmachung.) Am 16. Dezember und folgende Tage findet in Berlin der Kongreß aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte statt. Die Teilnehmer werden gebeten, unter Berücksichtigung der Verkehrsschwierigkeiten die Reise zeitig zu beginnen. Bereits am Sonntag, den 15. Dezember, findet ein zwangloses Beisammensein statt. Die Delegierten wollen sich daher nach ihrer Ankunft im Kongreßbureau des Abgeordnetenhauses, Prinz-Albrecht-Straße, Saal 7, unter Vorlegung ihrer Ausweise melden. Sie erhalten dort alle weiteren Mitteilungen.

Der interne Ausschuß des Vollzugsrates Groß-Berlin.
J. A.: Mayn.

Empfang von Heimkehrenden in Berlin.

Berlin, 9. Dez. Morgen findet der festliche Empfang der ersten heimkehrenden Gardetruppen statt. Die Blätter melden, daß die Vorbereitungen für den feierlichen Empfang der Truppen fast vollendet sind. Die in der Nähe Berlins untergebrachten Truppen werden so zeitig aufbrechen, daß sie in Berlin in der ersten Nachmittagsstunde erreichen. Es handelt sich im wesentlichen um die Garde-Kavallerie-Schützendivision, also die Garderegimenter Gardedukorps, Gardekürassiere, Garde-Ulanen-Regimenter, Garde-Husaren, zwei Garde-Dragoner-Regimenter. Auch Kavallerieregimenter aus verschiedenen preußischen Provinzen gehören zu dieser Schützendivision. Außerdem nimmt ein aus allen deutschen Stämmen besonders zusammengestelltes Bataillon an dem Einzuge teil. Die Truppen marschieren vom Heidelberger Platz in Wilmersdorf durch die Mecklenburger Straße, Berliner Straße, Kaiserallee, Joachimsthaler Straße, Kurfürstendamm, Hofjägerstraße, Großen Stern, Charlottenburger Chaussee, Brandenburger Tor, Unter den Linden. Um 1 Uhr findet der Einzug durch das Brandenburger Tor statt, wo die Reichs- und Staatsbehörden die Truppen begrüßen werden. Seitens der Stadt wird Oberbürgermeister Wermuth mit verschiedenen Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung anwesend sein. Der Oberbürgermeister wird im Namen der Stadt Berlin eine Begrüßungsansprache halten. Im Namen der Staatsbehörden wird der Volksbeauftragte Ebert die Truppen empfangen. Das Brandenburger Tor, der Pariser Platz, der Potsdamer Platz, der Anhalter Bahnhof, der Bahnhof Friedrichstraße, der Schlesische Bahnhof, der Bahnhof Alexanderplatz und der Lehrter Bahnhof prangen in einfachem, aber würdigem Schmuck. Tannengirlanden, mit frischem Tannengrün umwickelte Masten, Kränze mit dem Wahrzeichen der Stadt Berlin, Fahnen und Wimpel geben den Straßen und Plätzen ein festliches Aussehen.

Die ehrenvolle Kapitulation in Deutsch-Ostafrika.

Heimbeförderung der Truppen.

WTB. **Berlin**, 9. Dez. Aus den Mitteilungen der Vertreter der Alliierten bei der Waffenstillstandskommission geht hervor, daß die Abbeförderung der Schutztruppe des Generals von Lettow-Vorbeck auf englischen Schiffen und die Ausschiffung voraussichtlich in Rotterdam erfolgen werde. Auf dringenden Antrag der deutschen Regierung, daß auf diesen Schiffen auch Frauen, Kinder und schwerkranke Männer aus Deutsch-Ostafrika heimbefördert werden, ist bisher eine Antwort noch nicht ergangen. Auch sind die Namen der bis zuletzt bei der Schutztruppe befindlich gewesenen Europäer noch nicht mitgeteilt worden. Anfragen

---

Um Ehre und Recht.

Roman von **Fr. Sembdner.**

12. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Jede Aengstlichkeit wich von ihr; sie wußte, daß sie noch nie so gut gespielt hatte als in dieser Stunde, und sie empfand einen entzückenden Stolz, als Stanislaus ihr in einer Pause zuflüsterte: „Bravo, teure Erika — Sie spielen meisterhaft . . ."

Rauschender Applaus belohnte die Spieler. Ihre Exzellenz umarmte und küßte Erika, und die Herren umdrängten sie, um ihre Komplimente zu sagen.

Und das alles hatte sie ihm zu danken, der wie ein Sieger dastand, mit einem seltsamen Lächeln auf dem Antlitze und einem Leuchten in den dunklen Augen, das sie fast erschreckte, vor dem sie sich fürchtete und von dem sie sich doch wie durch eine magische Gewalt angezogen fühlte.

Er küßte ihr die Hand und flüsterte ihr einige zärtliche Worte zu.

Da schrak sie zusammen und trat einen Schritt von ihm zurück. Noch nie hatte er solche Worte zu ihr zu sprechen gewagt. Eine namenlose Angst krampfte ihr Herz zusammen, hilfesuchend blickte sie sich um; wenn sie doch nur hätte entfliehen können, wenn sie doch jemand hätte, mit dem sie wieder lachen und scherzen könnte wie früher mit Fritz Born . . . und mit einemmal sah sie den treuen, lieben, guten Blick seiner Augen wieder vor sich, sah sein liebes, lachendes, übermütiges Gesicht — und unwillkürlich wandten sich ihre Augen nach der Fensternische, in der vorhin Fritz gestanden.

Aber die Nische war leer. Fritz hatte den Saal verlassen und hatte sich der Gruppe der jungen Herren zugesellt, die um die Erdbeerbowle saßen.

Traurig wandte sich Erika ab. Sie wußte, sie hatte einen treuen Freund verloren.

VI.

Fritz Born kämpfte mit sich einen schweren Kampf. Früher war ihm der Gedanke, daß er die Baronesse Erika von Hambach-Waldstätten leidenschaftlich lieben könne, überhaupt nicht in den Sinn gekommen. Wohl war er sich bewußt, daß er Erika gern hatte und mit niemandem lieber plauderte, lachte und scherzte, aber an eine ernsthafte Leidenschaft hatte er nicht glauben können und wollen. Der gesellschaftliche Abstand zwischen ihm und Erika erschien ihm zu groß, als daß er die kühne Hoffnung hätte hegen können, Erikas Liebe zu gewinnen, und er war zu verständig, als daß er sich wieder einer hoffnungslosen Leidenschaft hingeben wollte.

Aber alle seine kühnen Ueberlegungen und Verstandsgründe hatten ihm nichts genutzt. Als er sah, daß ein anderer Mann, den er nicht einmal hochschätzen und achten konnte, sich Erika näherte und das Interesse des jungen Mädchens zu wecken schien, so daß sie ihm dem früheren Freunde, kalt und gleichgültig gegenübertrat, da flammte seine Leidenschaft in hellen Gluten empor, da wuchs seine Liebe von Tag zu Tag, bis sie alle seine Gedanken, all seine Träume erfüllte.

Wer war der bessere Mann — er oder Stanislaus Prokowsky? so fragte sein Stolz und seine Eigenliebe. War jener nicht ein Schmeichler, ein Kriecher, ein Heuchler, ein Lügner? Fritz war wohl der einzige, der mit dem durch Eifersucht geschärften Blicke den wahren Charakter Prokowskys erkannte, zumal er ihn ja auch in der verfänglichen Gesellschaft der rotblonden Dame in Altheide gesehen hatte, das Gespräch der beiden gehört und darauf auf das Verhältnis Prokowskys zu der blonden Schönen schließen konnte.

Und nun wagte es dieser, seine Augen zu Erika, dem Inbegriff jungfräulicher, fast noch kindlicher Reinheit, zu erheben.

Des jungen ehrlichen Mannes Blut kochte, wenn er die Heuchelei sah, mit der Stanislaus alle zu umgarnen wußte — selbst den Baron und den alten Inspektor.

Sollte er diesen wenigstens die Augen über den wahren Charakter Prokowskys öffnen? Sollte er ihnen sagen, in welcher vertraulichen Situation er ihn mit der Dame in Altheide getroffen?

War es nicht seine Pflicht, Erika vor diesem Betrüger zu warnen?

Aber dann sträubte sich wieder ein Gefühl in ihm dagegen, den Angeber zu machen, vielleicht als Spion, als Verleumder zu erscheinen.

Was konnte er denn auch sagen? — Daß er Stanislaus mit einer Dame auf der Kurhausterrasse in Altheide gesehen — weiter nichts. Genügte das, um seine ehrenhafte Gesinnung zu verdächtigen?

Gewiß nicht.

Wie leicht würde es Prokowsky werden, den Vorgang ganz harmlos darzustellen. Und in welchem Lichte würde dann er selbst erscheinen?

Nein, er mußte schweigend zusehen, wie sich Stanislaus von Tag zu Tag mehr in die Gunst der Familie einschlich und von Tag zu Tag in ein vertraulicheres Verhältnis zu Erika trat, die schon mit ihm allein ausritt und fast jeden Abend mit ihm musizierte. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181210012/fragment/page=0002

Hierüber bei den betreffenden Behörden erübrigen sich daher, da derartige Nachrichten stets sofort veröffentlicht werden.

Ueber die Kapitulation des Generals von Lettow-Vorbeck hat die englische Regierung mitgeteilt, daß dieser Truppe gestattet wurde, die Waffen zu behalten, daß sie einschließlich der farbigen Truppen zunächst durch England verpflegt und besoldet würde, und daß die ihr angehörigen Europäer auf dem Heimtransport wie gewöhnliche Passagiere behandelt werden sollen.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Ein Putschversuch in Hamburg.

„An den Laternenpfahl."

k. Hamburg, 9. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Ueber einen gegenrevolutionären Putschversuch in Hamburg wird vom Arbeiter- und Soldatenrat bekanntgegeben: Die bisherigen Ermittlungen über die geplante gegenrevolutionäre Aktion haben folgenden Sachverhalt ergeben: An den Redakteur des Mittagsblattes des „Hamburgischen Korrespondenten", Abter, traten vor einer Woche Kapitalisten und Reaktionäre mit der Anfrage heran, ob er ihnen nicht

Vermittlung mit Soldatenkreisen

verschaffen könnte. Es handle sich darum, führende radikale Mitglieder des Arbeiterrates zu verhaften und unschädlich zu machen, den Arbeiterrat mit gemäßigten Elementen zu besetzen und sofort Senat und Bürgerschaft zwecks Schaffung einer hamburgischen Verfassung einzuberufen. Abter hatte Beziehungen zu dem Matrosen Zeller. Zu Zeller gesellten sich die ehemaligen Mitglieder der Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrates, Freund und Wolf. In mehreren Besprechungen zwischen Freund, Wolf, Zeller und Abter wurde beschlossen, 14 Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates und andere

im Vordergrunde stehende Revolutionäre zu verhaften.

Diese sollten am Montag morgen 6 Uhr in ihrer Wohnung festgenommen und mittels Autos dem Untersuchungsgefängnis zugeführt werden. Die Verhafteten sollten als Geiseln gehalten werden und im Falle einer bewaffneten Gegenströmung erschossen werden. Am Montag morgen sollte das Rathaus militärisch besetzt werden. Die von Zeller unterzeichneten Proklamationen und Aufrufe, die der Bevölkerung von der neuen Volksregierung Mitteilung machen sollten, waren bereits entworfen und sollten gestern in die Druckerei gehen. Von einer Gruppe Kapitalisten war über eine halbe Million Mark zur Verfügung gestellt, mit denen die Truppen bestochen werden sollten.

Auch Senatsmitglieder waren von dem Plan unterrichtet.

Am Freitag nachmittag fand im Hotel Vier Jahreszeiten eine Besprechung Zellers und seiner Mitverschworenen mit 8 bis 10 Geldgebern statt. Hier wurden alle Einzelheiten des Plans nochmals besprochen. Die Kapitalisten erklärten, Geld in unbeschränktem Maße zur Verfügung stellen zu wollen. Der ehemalige liberale Reichstagsabgeordnete Dr. Blunk hatte sich anfänglich für den Plan sehr lebhaft interessiert, hatte dann aber Bedenken bekommen und sich

gegen den Plan wegen seiner Undurchführbarkeit

ausgesprochen. Am Sonntag nachmittag hatte Zeller mit den übrigen Verschwörern in einem Hamburger Restaurant eine Schlußbesprechung. Hierbei wurden sie durch den Arbeiter- und Soldatenrat festgenommen, der bereits seit einigen Tagen von dem Stande der Dinge Kenntnis hatte.

Heute morgen gegen 11 Uhr fand eine große Versammlung der Soldaten auf dem Rathausmarkte statt, bei der der Vorsitzende des Soldatenrates in einer längeren Rede von dem Stand der Dinge Mitteilung machte. Aus der Versammlung ertönten mehrfach Zurufe: „An den Laternenpfahl!", als von den Gegenrevolutionären die Rede war. Für heute abend sind eine ganze Reihe großer Massenversammlungen vorgesehen.

Württemberg für frühe Wahlen.

Stuttgart, 8. Dez. Auf der heutigen Tagung der Arbeiterräte Württembergs wurde ein Antrag zur Früherlegung der Wahltermine für die Reichsnationalversammlung, womöglich in der ersten Hälfte des Januar, mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Im Verlaufe der Versammlung erklärte der Ministerpräsident, er werde sich bei der Gestaltung der Dinge der Reichsregierung anschließen, soweit es die eigenartigen Verhältnisse Württembergs gestatteten. Er drückte ferner die Ueberzeugung aus, daß aus den Wahlen zur Landesversammlung die sozialistische Mehrheit hervorgehen werde.

Deutsch-böhmischer Gelöbnistag.

Reichenberg (Böhmen), 9. Dez. In 40 größeren Städten Deutsch-Böhmens fanden Sonntag, den 8. Dezember, massenhaft besuchte Volkstage statt, in denen gegen die Vergewaltigung des deutschen Teiles von Böhmen durch tschecho-slowakische Truppen feierlichst Protest eingelegt wurde. Auf dem Volkstage in Reichenberg sprach unter dem Jubel von Tausenden von Männern und Frauen der Landeshauptmann von Deutsch-Böhmen Dr. Lodgmann. Er führte unter anderm aus: Des Kampfes müde, haben wir an den Fronten draußen die Waffen um fünf Minuten zu früh an die Wand gehängt. In dem Kampfe um die bedrohte Heimat wird das deutsch-böhmische Volk die Waffen niemals strecken. Es wird sich selbst nie aufgeben. Deutsch-Böhmen erkennt die Mündigkeit der anderen Völker, auch des tschechischen Volkes, an und ist bereit, mit diesen in friedlichem Wettbewerb zu treten auf allen Gebieten sozialer Arbeit, des Wirtschafts- und Erwerbslebens, aber als Freier unter Freien, nicht von vornherein mit dem Mantel der Knechtschaft angetan. Almosen, die man uns gnädig schenken will, lehnt es ab. Unter stürmischem Beifall stellte der Landeshauptmann fest, daß sich das deutsche Gebiet Böhmens gutwillig niemals den tschechischen Truppen fügen werde, trotzdem es wisse, daß für die Selbstbestimmung leben unter Umständen auch für die Selbstbestimmung sterben heiße.

Poincare in Metz.

WTB. Metz, 9. Dez. (Havas-Meldung.) Poincaré begab sich nach seinem Eintreffen in das Rathaus, wo ihn der Bürgermeister empfing und unter anderm sagte, das Plebiszit, von dem Deutschland spreche, sei bereits erfolgt durch den den französischen Truppen bereiteten Empfang. Nach einem Vorbeimarsch der Vereine begab sich Präsident Poincaré zur Kathedrale, wo ihm der Generalvikar empfing. Nach einem Besuch auf dem Friedhof am Denkmal der 1871 Gefallenen reiste der Präsident nach Straßburg.

Englische Kreuzer in Neufahrwasser.

Danzig, 9. Dez. Gestern mittag liefen die englischen geschützten Kreuzer „Centaur" und „Coventry" in den Hafen von Neufahrwasser ein. Angeblich sollen sie den Abtransport der in Danzig zusammengezogenen englischen Gefangenen überwachen.

Die heilige Fahne.

Köln, 9. Dez. Die „Köln. Ztg." meldet: Der Bürgermeister von Jülich gab bekannt, daß ein Jugendlicher festgenommen worden sei, weil er den Fahnen der Besatzungstruppen nicht die Ehrenbezeugung erwies. Wegen seiner Jugendlichkeit wurde von einer Ueberweisung an das Kriegsgericht abgesehen. — Der belgische Kommandant von München-Gladbach befahl, daß die Waren in den Schaufenstern Preisaufschriften tragen müssen.

Die erste Sitzung des großen Arbeiterrates.

Ein Tätigkeitsbericht des mittleren Arbeiterrates.

Halle, 9. Dezember.

Heute fand die erste Sitzung des jüngst neu gewählten Großen Arbeiterrates für die Stadt Halle statt. Leiter war der Vorsitzende des mittleren A.-Rates, Herr Stadtrat Kilian. Er begrüßte die Erschienenen und gab zunächst die Tagesordnung bekannt.

Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung der

Bericht über die bisherige Tätigkeit des mittleren A.-Rates und des Vollzugsausschusses.

Genosse Kilian teilte zunächst mit, daß, nachdem der große A.-Rat, der in den ersten Revolutionstagen zusammengesetzt worden war, zurück trat, die Neuwahlen ausgeschrieben wurden. Unterdessen hatte der mittlere Rat die Geschäfte geführt. Es war klar, daß man zur praktischen Arbeit übergehen mußte. Es wurden besondere Vertrauensleute bestellt. Ein sehr reger Geschäftsverkehr ist in den verflossenen vier Wochen durchgeführt worden. Der mittlere Rat hat an jedem Tage Sitzungen abgehalten und außerdem ist eine Reihe seiner Mitglieder an Kommissionssitzungen beteiligt gewesen. Die neuen Aufgaben unserer Zeit mußten ins Auge gefaßt werden. Ein außerordentlich wichtiger Ausschuß ist der Demobilmachungs-Ausschuß. Dieser Ausschuß habe sich seiner Aufgabe mit großem Eifer hingegeben. Ferner wurde ein sozialer Ausschuß eingesetzt, der deshalb von besonderer Wichtigkeit wurde, weil sich eine ganze Reihe von Unternehmern weigerte, ihren Arbeitern die Löhne für den Tag zu zahlen, an denen die Arbeit geruht hatte wegen der Revolution. Ferner werde gegen eine Kaligesellschaft in Schlettau eingeschritten werden, wenn diese ihrer Pflicht den Arbeitern gegenüber nicht nachkomme. Eine brennende Frage ist

die Kohlenbeschaffung.

In den Braunkohlenbetrieben trat eine Minderförderung ein. Der A.-Rat habe eingreifen müssen, um den Arbeitern zu einem menschenwürdigen Lohne zu verhelfen, der im allgemeinen um 50 Prozent höher ist als der bisher gezahlte Lohn. Weiter war die Frage, wie es möglich gemacht werden könnte, das Wirtschaftswesen und den Verkehr stärker mit Kohlen zu beliefern, zumal Gefangene sich nicht mehr willig zur Arbeit zeigten. Franzosen, Engländer und Italiener waren überhaupt nicht mehr zur Arbeit bereit und so schieden verschiedene Tausend Arbeiter aus. Dadurch entstand ein beträchtlicher Ausfall an Kohlen, so daß ein ziemlicher Notstand eintrat, der nur dadurch einigermaßen zu beseitigen war, daß die Industrie nicht mehr so stark beschäftigt ist, der Verkehr eingeschränkt wurde und der Winter nicht so hart ist. Man habe beschließen müssen, Braunkohlengruben zu veranlassen, daß Ueberstunden über den 8-Stunden-Tag hinaus geleistet würden. In dem ebenfalls bestehenden

Ernährungs-Ausschuß

ist besonders der Soldatenrat tätig gewesen. Zu diesem Tätigkeitsgebiet gehört auch der Gendarm, d. h. das Vorgehen gegen die Schieber und neuerdings auch gegen die Lebensmitteldiebe. Was begrüßt werden könne, ist die Tatsache, daß durch die Arbeit des Ernährungsausschusses der Stadt Halle in ihren Ernährungsverhältnissen eine gewisse Sicherheit verliehen werden konnte. Die Lage war nicht günstig. Die Kartoffelernährung war sehr stark gefährdet. Aus dem Osten kam eine ziemliche Zahl von Eisenbahnzügen für das Feldheer im Westen. Man habe eingegriffen, weil diese Züge tagelang hier standen und sie beschlagnahmt.

Von Magdeburg bis Leipzig

standen die ganzen Linien voll von Zügen mit Lebensmitteln, so daß selbst nicht einmal rangiert werden konnte. Diese Züge sind teilweise nach Halle, teils weiter nach ihrem Bestimmungsort in Sachsen geleitet worden. Der Sicherheits-Ausschuß habe die Fragen der öffentlichen Sicherheit zu bearbeiten. Ihm untersteht der Polizeidienst und die Beschlagnahme von Lebensmitteln. Der A.- und S.-Rat soll bei solchen Beschlagnahmen nicht auf eigene Faust handeln, sondern sie nur in Gemeinschaft mit der Polizei vornehmen.

Der A.- und S.-Rat stand vor ganz neuen Aufgaben. Auf dem Stadthause wurde ein ständiges Büro eingerichtet, mit dem auch eine Auskunftsstelle verbunden ist. Ein Sekretär ist bestimmt, der ständig die Zeitungen, namentlich die Hallischen, durchsieht auf ihre Haltung gegenüber der Revolution. In Bezug auf die Lebensmittelbeschaffung und die Bekämpfung des Schleichhandels teilte Kilian mit, daß man mit der Eisenbahndirektion Halle Kämpfe habe durchfechten müssen. Es sei vom A.-Rat angefordert worden, daß die Lebensmittelstelle der Eisenbahndirektion unter Aufsicht des A.- und S.-Rates gestellt werden müßte. Die Direktion habe alle Minen springen lassen, um diesen Beschluß rückgängig zu machen. Von der Eisenbahndirektion sei mitgeteilt worden, daß die Lebensmittel für die Arbeiter beschlagnahmt und ihnen etwas vorenthalten werden solle. Der A.-Rat dächte nicht daran, den Arbeitern und Beamten der Eisenbahn etwas von ihrer Zulage wegzunehmen, sondern es solle nur eine gerechte Verteilung ermöglicht werden. Sobald das bekannt geworden war, sei auch jede Mißstimmung aus den Betriebswerkstätten verschwunden. Eine Menge anderer Fälle wäre noch vorgekommen, doch wolle der Berichterstatter nur den einen noch erwähnen. Der Bergwerksdirektor von Krügershall habe ein Schwein geschlachtet. Man habe zunächst nicht in Erfahrung gebracht, ob es dabei ganz gesetzmäßig zugegangen wäre. Eine große Menge Würste und Speck wurde bei einer Untersuchung vorgefunden. Der Direktor habe nachgewiesen, daß er für vier Personen Fleischkarten bis zum 19. Juni 1919 abgegeben habe. Es sei aber immerhin merkwürdig, daß von einem Schwein, das 60 Kilo Lebendgewicht gehabt haben soll, Würste in Mengen von über 100 Pfund hergestellt worden seien, wozu noch der Speck und anderes kommt.

Eine Preiskontrolle müßte scharf geübt werden. In den Tagen der Revolution sei

der Preiswucher

nicht so recht zum Vorschein gekommen, aber jetzt mache er sich wieder breit. Dagegen muß eingeschritten werden. Der Redner erbat dringend die Unterstützung der Räte bei der Ueberwachung der Preise.

Die ausgedehnte Geschäftstätigkeit des Arbeiterrates habe dazu geführt, daß Geldmittel hierfür flüssig gemacht werden mußten. Dazu kommen Tagegelder, die auf 8 Mark ausschließlich der Sonntage festgesetzt wurden. Außerdem müßte den Mitgliedern des mittleren Rates etwa ausfallender Lohn entschädigt werden. In vier Wochen seien nur 7500 Mark verbraucht worden. Man habe nicht leichtsinnig gewirtschaftet. Das Geld sei bei der städtischen Sparkasse erhoben worden. Ebenso habe der Soldatenrat, der zwar in 4 Wochen 50 000 Mark verbrauchte, sparsam gewirtschaftet. Bei ihm komme der Sicherheitsdienst in Betracht, wozu Zuschüsse geleistet werden müssen. Außerdem waren im Soldatenrat mehr Personen als im Arbeiterrat tätig. Aber man habe nicht nur Geld ausgegeben, sondern auch Geld eingenommen. Ein bekannter Wohltäter der Stadt Halle — Bankier Haaßengier — habe 10 000 Mark zur Verfügung gestellt mit der Bedingung, daß davon Arbeiter unterstützt werden sollen, die nicht gleich unterkommen können und deren Reichsunterstützung aufgehört hat. Weiter habe derselbe Stifter die 20 000 Mark, die er vor etlichen Jahren zur Wiedererbauung des Kreuzers „Emden" gestiftet hatte, zum gleichen Zwecke geschenkt, so daß einschließlich von 4000 Mark Zinsen aus dieser Summe insgesamt 34 000 Mark zur Verfügung stehen.

Das

Verhältnis des A.-Rates zum Soldatenrate

sei in den ersten Wochen nicht ganz günstig gewesen. Es hätten sich leider viele gefunden, die sich bemüht hätten, beide auseinander zu bringen. Rühmlich hervorgetan habe sich die früher liberale, jetzt demokratische Saale-Zeitung und desgleichen der Bürgerausschuß. Der letztere gedachte mit dem Soldatenrat ein Techtelmechtel zu machen, es sei aber zu bemerken, daß die Beschlüsse der beiden Räte einstimmig gefaßt worden sind. Die Genossen müßten ohne weiteres zugeben, daß der Preßfreiheit in der Zeit der Revolution eine gewisse Grenze gesetzt werden müsse. Es könne nicht geduldet werden, daß zur Gegenrevolution aufgefordert wird. Wer gegen uns Gewalt anwenden will, fordert unsere Gewalt heraus. Wir haben die Saale-Zeitung auch nicht verboten. Die Saale-Zeitung hatte ihr Erscheinen selbst eingestellt. (Wie es mit dieser Einstellung bestellt war, haben unsere Leser aus der Saale-Ztg. seiner Zeit erfahren. Nachdem durch militärische Besetzung die Herausgabe des Blattes unmöglich gemacht war, kann doch unmöglich von seiner Selbsteinstellung gesprochen werden. Die Red.) Die Saale-Zeitung lebt heute noch von den Trostworten, die ihr von Berlin zugegangen sind. Wir sind für unbedingte Preßfreiheit, aber beschränkt durch die Rücksicht auf die Revolution und durch die Rücksicht auf Ruhe und Ordnung.

Heute sei das Verhältnis zwischen dem A.- und S.-Rat ein sehr angenehmes. Die Hetze aus bürgerlichen Kreisen habe eine Festigung des Verhältnisses beider Räte zur Folge gehabt. Die Revolution sei in eine neue Phase eingetreten. Es zeigten sich gewisse bedenkliche Stimmungen im öffentlichen Leben, die der Revolution gefährlich werden könnten. In der Reichskonferenz am 16. Dezember müßten diese Dinge erörtert werden. Der Berichterstatter hofft, daß der Geist, der die Revolution herbeigeführt, auch die Errungenschaften der Revolution sichern und bis zur Errichtung der sozialistischen Republik erhalten werde.

Dieser Bericht führte zu einer längeren Aussprache, über die wir in der nächsten Nummer berichten werden. Hier sei noch mitgeteilt, daß Genosse Adolf Thiele bemerkte, er könne das Verhalten des Arbeiter- und Soldatenrates gegenüber der Saale-Zeitung nicht billigen. Er könne diesen seinen Standpunkt auch dann nicht ändern, selbst wenn Verdächtigungen und Beleidigungen vorgekommen wären. Im übrigen billigte der Redner die Arbeit des Arbeiterrates und seiner Ausschüsse.

(Schluß folgt.)

Deutsches Reich.

Kleine Aenderung der Wahlordnung.

Berlin, 9. Dez. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, wonach die Wahlkreise 31 und 32 zu einem das ganze württembergische Staatsgebiet und den Regierungsbezirk Sigmaringen umfassenden Wahlkreis vereinigt werden, in dem 17 Abgeordnete zu wählen sind.

Halle und Umgebung.

Halle, den 10 Dezember 1918.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 9. Dezember.

Der Herr Vorsteher, Geh. Justizrat Dr. Keil, gibt vor Eintritt in die Tagesordnung eine Eingabe der hallischen Handwerkskammer bekannt, die sich gegen die Errichtung eines Handwerkeramtes wendet. Die Eingabe wird am Schluß der Sitzung behandelt.

Weiter nimmt die Versammlung davon Kenntnis, daß die Hilfsbeamten und Hilfsbeamtinnen des Magistrats sich um Durchsetzung ihrer Wünsche auf Gehaltserhöhung an den Arbeiterrat gewendet haben.

Ein Antrag der Herren Stv. Balke und Genossen verlangt eine einmalige Teuerungszulage für die städtischen Angestellten.

Vom Magistrat wird darauf erwidert, daß die Angelegenheit bereits in der morgigen Magistratssitzung besprochen werde.

Herr Vorsteher Keil macht darauf aufmerksam, daß die Verhandlungen vor 6 Uhr geschlossen sein müssen, da der große Arbeiterrat um diese Zeit in dem gleichen Saal eine Sitzung abhalten wolle. Bisher sei es nicht üblich gewesen, daß der rechtmäßige Inhaber zur Benutzung des Saales erst um Erlaubnis zu fragen habe. Es wäre angebracht gewesen, daß der Arbeiterrat rechtzeitig seine Wünsche mitgeteilt hätte. Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

Der erste Punkt betrifft die

Wahl eines besoldeten Stadtrats

als Ersatzmann für Herrn Stadtrat Dr. Hauswald. Die Wahl erfolgt, wie der Referent, Herr Stv. Föhring, darlegt, auf 12 Jahre, das Gehalt beträgt 6000 Mark, steigend in sieben dreijährigen Stufen bis 10 000 Mark.

Der Referent empfiehlt, Herrn Magistratsassessor Velthuysen aus Charlottenburg zu wählen.

Herr Stv. Osterburg erklärt, er habe Kenntnis von einer Regierungsverfügung, die die Anstellung von Magistratsmitgliedern auf längere Dauer unter jetzigen Verhältnissen verbietet.

Herr Vorsteher Keil bemerkt, warum das nicht schon vor 8 Tagen eingewendet worden sei.

Herr Oberbürgermeister Rive führt aus, ihm sei von einer solchen Regierungsverfügung nichts bekannt. Die Regierung sei im Gegenteil darauf bedacht, daß die Geschäfte ordnungsmäßig weitergeführt würden.

Die Abstimmung, die durch Zettelwahl erfolgt, ergibt für Assessor Velthuysen 35 Stimmen, 6 Zettel sind unbeschrieben. Herr Velthuysen ist also gewählt.

2. An Stelle des Herrn Rektors Haase wird Herr Rektor Kindermann in die Deputation des Heims für Jugendschutz gewählt. (Ref. Herr Stv. Borchert.)

3. Ueber die Mittelbewilligung zur

Ausarbeitung von Bauentwürfen

berichtet in längerer Rede Herr Stv. Kallmeyer. Es ist eine dringende Notwendigkeit, für die aus dem Felde heimkehrenden Krieger Arbeitsgelegenheit zu schaffen. In erster Linie sollen die durch die Haushaltspläne oder besondere Bewilligung genehmigten und bisher wegen Mangel an Arbeitern und Baustoffen zurückgestellten Arbeiten ausgeführt werden. Diese Arbeiten bestehen jedoch nur zum geringen Teil in Bauarbeiten größerer Art, meist sind es Tischler-, Schlosser-, Maler-, Klempner- und Installateurarbeiten. Die Vergebung erfolgt umgehend. Von größeren noch nicht genehmigten Bauarbeiten werden als die notwendigsten bezeichnet: der Neubau einer Volksschule in Trotha, Neubau eines Jugendheims an der Liebenauer Straße, Neubau einer Handels- und Gewerbeschule für Mädchen und einer Fortbildungsschule auf dem Roßplatz und Erbauung einer Kleinwohnungsanlage auf dem Roßplatz. Zurückgestellt sind als minder eilig der Neubau eines Gesellschaftshauses für Wittekind und das zweite Theater. Es werden für die einzelnen Projekte der Reihe nach 5000 Mk., 3000 Mark, 10 000 Mk. und 3000 Mk. zur Ausarbeitung von Entwürfen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181210012/fragment/page=0003

verlangt. **Der Referent, Herr Stv. Kallmeyer, empfiehlt die Vorlage, desgleichen namens des Haushaltsausschusses Herr Stv. Gradehand.**

Herr Stv. Fabian: Ich bin bereit, die Mittel für die Bauentwürfe zu bewilligen, unter der Voraussetzung, daß damit noch nicht die Genehmigung der Bauten an sich ausgesprochen ist. **Wir sind leider in einer so traurigen politischen Lage, daß wir nicht wissen, ob wir für solche Bauten in Zukunft Geld auftreiben können. Zunächst muß erst mal festgestellt werden, was England und Frankreich von uns an Entschädigungen verlangen.** Dann erst läßt sich überblicken, wie es mit unseren Mitteln bestellt ist.

Herr Stv. Völker: Ich begrüße den geplanten Schulneubau. Wir hatten in Halle schon lange schweren Mangel an Volksschulklassen. Das brachte große Mißstände. Jedes Jahr mußten Umschulungen vorgenommen werden, was für die Kinder und die Eltern eine Härte bedeutete und die Arbeit der Schule in Frage stellte. Auch das begrüße ich und meine Freunde, daß die Stadt Kleinwohnungen bauen will. Aber warum ist man gerade auf den Roßplatz verfallen? Den Roßplatz möge sich die Stadt freihalten für öffentliche Gebäude. Dagegen ist Platz an der Artilleriekaserne, wo schon tausend Kleinwohnungen geplant sind. Auch Gelände in der Nähe der Peißnitz empfiehlt sich, darum beantrage ich, die für den Roßplatz geforderten 3000 Mark ganz allgemein zur Vorbereitung von Kleinwohnungen zu verwerten.

Der Antrag des Magistrats mit dem Abänderungsantrag Völker wird genehmigt.

4. Die Herren Stv. Richter und Gradehand berichten über eine Magistratsvorlage betreffend Bewilligung von Mehrkosten für Bauarbeiten. Zwar sei die winterliche Arbeitszeit für Bauausführungen ungünstig. Auch werden bei dem Mangel an Baumaterialien Stockungen vorkommen können. Dennoch sei möglichst günstige Beschäftigung Arbeitsuchender anzustreben. Die Herren berichten über eine Anzahl projektierter Bauten, über die leider den Pressevertretern, trotzdem in der Vorlage auf Anlagen hingewiesen ist, die erforderlichen Unterlagen nicht zugestellt sind. Es handelt sich dabei um Kanalisationen, um eine neue Brücke an der Dessauer Straße, um Errichtung von Futtermauern usw. Im ganzen kommt eine Summe von 633 200 Mk. in Frage.

Die Vorlage wird bewilligt.

Punkt 5 betrifft

Mehrkosten für zurückgestellte Bauarbeiten.

Die Herren Stv. Giese und Gradehand erstatten den Bericht. Der Magistrat beantragt, ihn zu ermächtigen, die Arbeiten und Lieferungen nach den sich bei den Verdingungen ergebenden Preisen zu vergeben. Die Bewilligung der Mehrkosten soll dann später beantragt werden. Bewilligt sind bereits für Instandsetzung des Aeußeren der Moritzkirche 120 000 Mk., Dächer der Moritzkirche 30 000 Mk., Umbau im alten Hospitalgebäude 35 000 Mark, Bau eines Schülerbades in der Talamtschule 8000 Mark, Neudielung von Klassenräumen in der Neumarktschule 1800 Mk., desgleichen Johannesschule 2460 Mk., Abortbauten im Grundstück Klosterstraße 7/8 4100 Mk., Errichtung eines Arbeiteraufenthalts- und Geräteraums auf dem Friedhof in Giebichenstein 1450 Mark, Umänderungsarbeiten für die Einrichtung des Jugendschutzes im Asyl für Obdachlose 4500 Mk., Malerarbeiten an Feuerwache Süd 1700 Mk., Pflasterung des Wendeplatzes im Hospital 1200 Mk., Neubau eines Umformerhäuschens der Straßenbahn 10 000 Mk., Beseitigung des Lichtschachtes in der Talamtschule 3700 Mk., Pflasterung des Burghofes in der Moritzburg 2000 Mk., Aufstellung geschichtlicher Baudenkmäler daselbst 1000 Mk., Neubau des Antilopenhauses im Zoo 11 400 Mk., Gondelhäuser an der Saale 13 500 Mark, Instandsetzungsarbeiten an der Hauptfeuerwache 2500 Mk. Dazu kommen als neue Arbeiten, die noch zu bewilligen sind, Umbau von Abortanlagen in den städtischen Häusern Königstr. 1, Leipziger Str. 84, Leipziger Str. 2, Kleiner Sandberg 1, Rittersir. 16 und 17, Glauchaer Str. 43, Große Brunnenstr. 4, Böllberger Weg 116/17, Moritzkirchhof 4, insgesamt ungefähr 17 000 Mark, Arbeiten im Riebeck-Stift 6700 Mark, Anschluß der Aborte der Artilleriekaserne an die Kanalisation 12 000 Mark und Instandsetzung der mit Militär belegten Schulen, hauptsächlich Leimfarbenanstrich 40 000 Mk., sowie Herstellung von Doppelfenstern im Stadtbad 3000 Mk. Gestrichen wurden als nicht dringlich 6600 Mark für den Abputz der Fassade des Hospitals und 3000 Mk. für Instandsetzung des Lazarettgebäudes der Moritzburg. Die anderen Beträge wurden bewilligt. Also zu den schon früher angenommenen 197 110 Mk. noch neu 81 125 Mark.

6. Für das Säuglingsheim der Bethcke-Lehmann-Stiftung werden 9593 Mk. nachbewilligt. (Ref. die Herren Stv. Gradehand und Weschke.)

7. Die von der Stadt gekaufte Braunkohlengrube „Vereinigte Karl-Ernst" schließt mit einem Fehlbetrag von 4388 Mk. ab. Außerdem ist noch ein Kapital von 30 000 Mk. zu verzinsen. Für das ungünstige Ergebnis sind die Preiserhöhungen aller Materialien sowie die Lohnerhöhungen die Ursache. Die Versammlung nimmt davon Kenntnis. (Ref. Herr Stv. Scheitbauer.)

8. Für 450 Quadratmeter Land, das in der Krausenstraße vom Grundstück der Lwowskischen Erben zur Straße entfällt, werden 15 Mk. pro Quadratmeter bewilligt. (Ref. Herr Stv. Boecke.)

Punkt 9 betrifft den

Brückenbau über die Wilde Saale.

Wie Herr Stv. Kallmeyer ausführt, hat die Versammlung schon 1916 das Projekt des Baues einer Steinbrücke über die Wilde Saale genehmigt. An das Projekt hatte die Landespolizei die Bedingung geknüpft, daß die Stadtgemeinde sich verpflichte, nicht nur die gewöhnliche Unterhaltung und Erneuerung, sondern auch solche Aenderungen und Erweiterungs- oder Neubauten, welche an der Brücke durch die steigende Entwickelung des Schiffahrtsverkehrs notwendig werden sollten, auf ihre Kosten zu bewirken. Der Magistrat wollte jedoch diese Erklärung nicht abgeben. Der Regierungspräsident erklärte aber, darauf bestehen zu müssen. Er begründete die Notwendigkeit solcher Erklärung durch die in absehbarer Zeit zur Entscheidung stehende Frage eines Anschlusses von Leipzig an den zu verlängernden Mittellandkanal, wobei die Befahrbarkeit für Schiffe von mehr als 600 Tonnen Tragfähigkeit ermöglicht werden müsse. Das Ergebnis der Verhandlungen ist, daß der Magistrat eine Hebung des Scheitels der Brücke um 26 Zentimeter empfiehlt und außerdem um die Ermächtigung zur Abgabe jener Erklärung bittet. Beide Anträge werden angenommen (der letztere nur mit 25 gegen 20 Stimmen), nachdem Herr Stadtbaurat Lammers ausgeführt hatte, daß mit diesen Abänderungen nunmehr allen Möglichkeiten der Entwicklung Genüge getan sei.

Die Punkte 10 und 11 fallen aus.

12. Herr Stv. Andag trägt den Antrag vor, den Magistrat zu ersuchen, die

Errichtung eines Handwerkeramtes

in Erwägung zu ziehen.

Der Redner führt aus, es gelte jetzt einer riesigen Anzahl selbständiger Gewerbetreibenden und Handwerksgesellen Arbeit zu verschaffen, vor allem, indem man ihnen Material und Aufträge gibt. Privataufträge versagen angesichts der kolossalen Preissteigerung ganz. Die Eingabe der Handwerkskammer, die von der Einrichtung eines Handwerkeramtes abzusehen ersucht, und solange zu warten rät, bis die zuständigen Körperschaften sich damit befaßt haben, hält Redner für nicht berechtigt. An anderen Orten, z. B. Frankfurt und Nürnberg, seien aus wohlerwogenen Gründen solche Handwerksämter errichtet worden. Die städtischen Arbeiten müßten unter Wegfall der Submission aufs schnellste vergeben werden, indem man die Preise durch Sachverständige prüfen läßt und bei der Zuteilung der Aufträge die Bedürftigsten bedenkt. Es sei überflüssig, wenn jetzt die Kammer aufzähle, in welchen Körperschaften sie schon überall arbeite; richtiger wäre es gewesen, wenn sie gesagt hätte: wir wollen die versäumte Einrichtung eines Handwerkeramtes nachholen. Die Hauptsache muß die Rohstoffbeschaffung mit bleiben. In dieser Hinsicht können Korporationen mitunter einen besonderen Druck auf die Regierung ausüben. Das ist z. B. wirkungsvoll geschehen, als es sich in den letzten Tagen um die Freigabe des für Heereszwecke beschlagnahmten Holzes handelte. Man hat dabei durchgesetzt, daß die Regierung sofort noch 6000 Arbeiter zum Holzfällen anstellte.

Herr Stv. Kühme: Es scheint mir nicht angängig, daß wir durch Errichtung eines Handwerkeramtes eine Behörde der anderen gegenüberstellen. Die Kammer bemüht sich bereits in der von Herrn Andag vorgezeichneten Richtung. Aber es ist furchtbar schwer, selbst für Korporationen Rohstoffe zu erhalten. Eine Kreditkasse für Handwerker ist vorhanden; die Antragsteller mögen sie nur benutzen.

Herr Stadtrat Engas: Von der Kammer ist all das, was Herr Andag und der Bürgerausschuß wünschen, bereits in die Wege geleitet. Die Kammer unter ihrem rührigen Vorsitzenden arbeitet sehr eifrig in dieser Richtung. Das Handwerkeramt ist nicht notwendig.

Herr Stadtbaurat Jost: Im Verdingungswesen sind wir gerade dabei, eine Anzahl Neuerungen einzuführen. Seit Wochen wird schon verhandelt zwischen Hoch- und Tiefbauamt und den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmerverbänden. Wir ziehen Vertreter des Handwerks bei Feststellung der Preise hinzu. Wir nehmen bei der Vergebung der Arbeiten die Hilfe der Innungen in Anspruch. Wir lassen Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer sowohl hinsichtlich der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer walten und auch für die Materialbeschaffung setzen wir uns ein. Morgen schon beschäftigt sich wieder die Baudeputation mit der Sache und wird entscheidende Beschlüsse fassen.

Herr Stv. Herzfeld: Herr Andag, der den Antrag des Bürgerausschusses vertritt, hat ja nicht die Einsetzung eines Handwerkeramtes an sich beantragt, sondern nur gewünscht, der Magistrat möge darüber Erwägungen anstellen. Wenn sich jetzt die Handwerkskammer in der Sache rührt, so ist das erfreulich. Im Bürgerausschuß sagte man sich aber: die Kammer ist für den ganzen Regierungsbezirk, wir aber wollen eine solche Vertretung für Halle haben. Anderswo hat man Handwerkerämter eingesetzt. Findet sich jetzt ein anderer Weg, der zu dem gleichen Ziel führt, so sind wir zufrieden. Wir können den Antrag des Herrn Andag also dem Magistrat als Material überweisen.

Das geschieht. Damit schließt die Sitzung.

Berufung Prof. Wiedenfelds ins Auswärtige Amt.

Unser Nationalökonom, Geheimrat Prof. Dr. jur. et phil. Kurt Wiedenfeld ist als vortragender Rat und Dirigent der handelspolitischen Abteilung in das Auswärtige Amt berufen worden; eine Berufung an die Universität Wien als Nachfolger von Philippovich hat der Gelehrte abgelehnt.

Prof. Wiedenfeld, der seit dem Herbst 1915 in der Wissenschaftlichen Kommission des Kriegsministeriums als stellvertretender Vorsitzender, zugleich seit 1917 als Referent in der Kriegsrohstoff-Abteilung dieses Ministeriums und jetzt als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Reichs-Demobilmachungsamt tätig ist, wurde 1871 in Berlin geboren, war zunächst im preuß. Justizdienst tätig, 1896—98 als Syndikus des Verbandes deutscher Müller, 1897 bis 1903 in der Redaktion der Verkehrszeitschriften des preuß. Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, habilitierte sich 1902 an der Berliner Universität für Staatswissenschaften, wurde 1903 Regierungsrat und Mitglied des Kais. Statistischen Amtes, im gleichen Jahre Professor an der Akademie in Posen und Michaelis 1904 Professor an der Handelshochschule zu Köln, wo er auch das von ihm begründete Städt. Museum für Handel und Industrie leitete. Im Herbst 1914 erfolgte seine Berufung als Nachfolger Conrads nach Halle. Prof. Wiedenfeld ist Mitherausgeber des „Handwörterbuchs der Staatswissenschaften". Seine zahlreichen Schriften behandeln u. a. die Börse, die sibirische Eisenbahn, die nordwesteuropäischen Welthäfen, Hamburg als Welthafen, das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, den deutschen Kolonialbesitz, die rheinische Montanindustrie, die staatliche Preisfestsetzung, Handel und Preisbildung in der Kriegswirtschaft.

In der St. Georgengemeinde findet am Mittwoch, 11. Dez., abends 8 Uhr Betstunde in der St. Georgs-Kapelle statt, die von Herrn Pastor Witte **gehalten wird.**

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 9. Dezember. Entgegen vielfach in Börsenkreisen gehegten Befürchtungen sind die gestrigen Demonstrationen in Berlin ruhig verlaufen. Die Börse schöpft daraus die Hoffnung, daß auch die weitere Entwickelung sich unter Aufrechterhaltung der Ordnung vollziehen wird. **Infolgedessen konnte eine wesentliche Erholung Platz greifen.** Beim Fehlen ausreichenden Angebots bewirken die Käufe in vielen Fällen recht erhebliche Steigerungen, so vor allem für Farbwerte. Rheinisch-westfälische Hüttenwerke waren gleichfalls kräftig gebessert. Schiffahrtsaktien stellten sich meist um Bruchteile eines Prozentes höher. Am Anlagemarkt neigten deutsche Anleihen zur Schwäche. Die Geschäftstätigkeit nahm bald nach Beginn bemerkenswert ab. Gegen Schluß machte sich ein geringes Nachlassen der Festigkeit bemerkbar. Am Anlagemarkt waren Pfundanleihen, namentlich Chinesen, sehr fest. Die nur zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte stellten sich vielfach höher.

Devisenkurse.

Berlin 9 Dezember.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	343,[illegible]0	343 [illegible]0	33[illegible],0	337 50
Dänemark	100 Kr.	2[illegible]3.50	[illegible]4.00	20[illegible],[illegible]0	[illegible]1.00
Schweden	100 Kr	231 75	23[illegible].75	22[illegible],[illegible]5	227,75
Norwegen	100 Kr.	[illegible]16.75	2[illegible]7.75	21[illegible].7[illegible]	213 00
Schweiz	100 Fr.	163.75	164.00	16[illegible].75	1[illegible]1.00
Wien / Budapest	100 K.	53 75	54.05	—,—	—,—
Bulgarien	100 Leva	—,—	—,—	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 136 00 Brief 137 00 für 100 Pesetas

Helsingfors 76.25 76,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 9. Dezember. Im freien Verkehr mit Bodenprodukten hat sich nichts Neues ereignet. Das Geschäft bleibt still und Anregungen fehlen. Wie schon erwähnt, steht dem Handel jetzt mehr Heu zur Verfügung, da der starke Heeresbedarf aufgehört hat und die Proviantämter ganz wesentlich unter Höchstpreis bezahlen. Knapp dagegen bleibt Stroh. Als Ersatz wird vielfach Lupinenstroh, das jetzt in größeren Posten freigegeben wird, gesucht und gekauft. Auch Raps- und Torfstroh ist begehrt. Nach Sommersaatware war auch heute wieder Nachfrage zu bemerken. Rüben waren andauernd gesucht, doch wird der Verkehr durch die Provinzialwirtschaftsbehörden erschwert. Wetter trübe.

Berliner Börse

vom 9. Dezember 1918.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	91,50
Halle-Hettstedter	75,00
Schantungbahn	
Allg. Lokal-Str.	126,00
Gr. Berl. Str.	120,25
Magdeburger Str.-B.	185,00
Prinz-Heinrich-B.	158,50
Orientbahn	—
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	80,95
Hambg. Südamerika	125,75
Hansa-Dampfschiff.	158,50
Nordd. Lloyd	80,00
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	—
Berl. Handelsges.	147,25
Commerz-Diskontobank	113,50
Darmstädter Bank	113,00
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	202,00
Diskonto-Comm.	154,50
Dresdner Bank	135,50
Leipzig Credit-Anst	142,00
Mitteld. Kreditbank	115,00
Nationalbank	101,75
Oesterr. Kredit	120,00
Reichsbank	132,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	230,00
Akt. f. Anilin	212,00
Allgem. Elektr. Ges.	182,00
Ammendorfer Papierfbk.	—
Anhalter Kohlenw.	—
Annaberger Steingut	—
Badische Anilin	252,00
Bergmann Elekt. Akt.	135,25
Berl. Masch.-Bau	199,00
Bismarckhütte	189,00
Bochumer Gußstahl	188,00
Chem.-Fabr. Buckau	
Chem. Griesheim	173,50
Chem. Heyden	—
Consolidation Schalk	—
Gröllwitzer Papierfbk	—
Daimler Motoren	168,00
Deutsche Luxemburg	114,50
Deutsche Uebersee Elektr.	135,00
Deutsche Erdöl	215,00
Deutsche Gasglühl.	293,00
Deutsche Kali	136,00
Deutsche Waffen u. Mun.	158,50
Donnersmarkhütte	230,00

Döring & Lehrmann	64,25
Dürkoppwerke	247,00
Elberfelder Farber.	245,00
Elten & Guilleaume	139,00
Gasmotoren Deutz	166,00
Gebhard & König	—
Gelsenkirchen Berg	150,00
Glanziger-Zuckerfbk.	185,50
Hallesche Maschfbk.	
Hann. Masch.	270,00
Harpener Berg	170,00
Hasper Eisen	131,00
Hirsch Kupfer	157,00
Höchster Farbw.	220,00
Hoesch Eisen u. Stahl	212,50
Hohenlohe-Werke	107,25
Humboldt Masch.	11[illegible]
Ilse Bergbau	—
Kahla Porzellan	220,00
Kaliw. Aschersleben	135,00
Körbisd. Zucker-Akt.	248,00
Kyffhäuserhütte	
Lahmeyer & Co.	102,75
Lauchhammer	148,00
Laurahütte	184,75
Linke & Hofmann	—
Ludwig Loewe & Co.	214,00
Lothringer Hütte	132,00
Mannesmannröhren	179,50
Oberschl. Eisenb.-Bd.	130,00
do. Caro Hag.	119,62
do. Kokswerke	157,00
Orenstein & Koppel	130,00
Phönix Berg	185,00
Rhein. Metall-Vorz.	165,00
Rhein Stahlwaren	135,00
Riebeck. Montan	194,50
Rombacher Hütten	149,00
Rositzer Braunk.	109,75
Rositzer Zucker	137,00
Sangerhäuser Masch.	
HugoSchneider & Co.	170,00
Schuckert & Co.	120,50
Siemens & Halske	169,00
Stettiner Vulkan	130,00
Stollberger Zinkh.	94,75
Strals. Spielkarten	116,00
Thale-Eisenhütte	196,00
Triptis Porzellan	133,00
Türk. Tabakregie	301,50
Ver. Köln-Rottweiler	145,50
Ver. Glanzstoff	370,00
Wegelin & Hübner	—
Werschen-Weißenfelder Braunk.	—
Westeregeln Alkali	172,00
Wittener [illegible]	182,50
Wrede [illegible]	—
Zeitzer - Kriebitsch Braunk.	—
Zeitzer Masch.	—
Zellstoff Walthof	175,00
Otavi-Minen	89,00

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport, und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: P. Hackenbracht. Druck und Verlag von Otto Hendel

Gemahlenen kohlensauren Kalk, gemahlenen gebrannten Stückenkalk
liefert preiswert und prompt
Edmund Müller, Kalkgroßhandlung,
Magdeburg. Kaiserstraße 90. Fernsprecher 4831.
Preis auf Anfrage sofort. a01292

Dr. Schrader's
Wissenschaftliche Lehranstalt.
Kiel, Düsternbrook 44.
Abiturientenkurse besonders für Kriegsteilnehmer Vorber. in kürzester Zeit auch auf alle Klassen höherer Schulen. Angegliedert Kurse in Stenographie, Schreibmaschine, engl. und französ. Conversation. A347 4

Kaufgesuche
Ziegen-, Hasen- und Kaninchenfelle, Roßhaare u. Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Bannowitz,
Tischerplan 2. Telephon 1178

Für **Friedensarbeit** kauft: V.63715
Messing, Kupfer, Zinn, Zink, Blei
Ferd. Haassengier,
Metallgießerei, Barfüßerstraße 9.

Vermischtes
Wärmflaschen, Leibwärmer, Plätten, Löffel
empfiehlt V 63715
Ferdinand Haassengier,
Metallwarenfabr., Barfüßerstr 9

Für Saalbesitzer!
Saalwachs-Streupulver
p kg Mk. 3,—
Postcolli
4,5 kg frei Nachnahme Mk. 13,50
Max Ott, Drogerie
Steinweg 26. h941

Schlafzimmer, Speisezimmer, Küchen
in großer Auswahl empfiehlt
G. Schaible,
Große Märkerstraße 2, am Ratskeller. V43913

Auswärtige Inserate
bitten wir der Sicherheit wegen nicht in Briefmarken sondern durch Post-Anweisung oder Zahlkarte (Postscheckkonto Leipzig, 4609) zu begleichen, sofern es sich um grössere Beträge handelt.
Die Anzeigen-Abteilung

20 Briefmappen
m. 100 Briefbogen u. 100 Kuvert M. 5.-
Kartenbriefe - Kurzbriefe
100Stück M.2.— m.Einlage M.3
Glückwunschkarten
f. Neujahr, Geburtstag, Namenstag, Verlobung, Hochzeit, Taufe, Konfirmation, Communion, Jubiläum oder auch nur allgemein „Herzlichen Glückwunsch", je nach Wunsch sortiert, m. Golddruck, Blumenpressung od. Chromoprägung, 100 Stück M. 3.—, m. Seidenblumen u. Kuvert 100 Stück M.5.-
Buchkarten, 100 Stück doppelte Karten M. 4.—, portofrei bei Vorauszahlung, sonst Nachnahme, zuzüglich Porto.
Paul Rupps, Freudenstadt 39, Schwarzwald. A3704

In unserem
Verkehrs-u. Leseraum
Gr. Ulrichstr. 52
befindet sich eine sehr grosse, reichhaltige
Leihbibliothek
über 30000 Bände!
Ständige Ergänzung durch die wichtigsten u. besten Neuerscheinungen.
Jedermann kann sich daselbst Bücher ausleihen
Die Bezieher unserer Zeitung zahlen die Hälfte der Leihgebühr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181210012/fragment/page=0004